



Niederschrift
zur 2. Sitzung
des Betriebsausschusses Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein
am 17.03.2021
in der Aula der Gesamtschule Emmerich am Rhein, Paaltjesssteeg 1,
46446 Emmerich am Rhein

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

- | | |
|------------------------|---|
| 1 | Einwohnerfragestunde |
| 2 | Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 02.12.2020 |
| 3 70 - 17 0161/2021 | Bestellung einer weiteren Schriftführerin für die Sitzungen der Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein |
| 4 70 - 17 0162/2021 | Zwischenbericht über die Entwicklung der kommunalbetriebe Emmerich am Rhein gemäß § 14 der Betriebssatzung
a) Bauzeitenplan
b) Positiver Jahresrückblick
c) Winterdienst |
| 5 70 - 17 0163/2021 | Möglichkeiten der Schließung des "Neuen Friedhofs Hansastrasse";
hier: Sachstandsbericht |
| 6 70 - 17 0164/2021 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN an den Umweltausschuss vom 24.11.2020;
hier: Errichtung eines Friedwaldes auf dem Gelände des neuen Friedhofes |
| 7 70 - 17 0165/2021 | Änderung der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein vom 05.04.2017;
hier: 8. Nachtragssatzung |
| 8 70 - 17 0166/2021 | Änderung des Stellenplans aufgrund einer Langzeiterkrankung;
hier: Einrichtung einer befristeten sogenannten a-Stelle mit kw-Vermerk |
| 9 70 - 17 0167/2021 | Erstellung einer Planrechnung zur weiteren Entwicklung der voraussichtlichen Abwassergebühren;
hier: Antrag der BGE-Fraktion vom 07.01.2020 |
| 10 | Mitteilungen und Anfragen |
| 10.1 | Bestuhlung Friedhofskapelle;
hier: Anfrage von Mitglied Weicht |

10.2 Nachfrage zum Antrag vom 10.09.2019 - Ersatzpflanzung;
hier: Anfrage von Mitglied Bißeling

11 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Sandra Bongers

Mitglieder CDU

Herr Botho Brouwer

Frau Sultan Seyrek

Herr Peter Berndsen

Herr Klaus Manthey

Herr Hans-Jürgen Gorgs

Herr Jochen Straver

Mitglieder SPD

Frau Elke Trüpschuch

Herr Ludger Gerritschen

Herr Ralf Deller

Mitglieder GRÜNE

Frau Birgit Bißeling

Frau Gabriele Hövelmann

Mitglieder BGE

Herr Jörn Bartels

Herr Alfred Weicht

Mitglieder AfG

Herr Christoph Kukulies

(bis 18.05 Uhr)

von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Wachs

Erster Beigeordneter

vom Eigenbetrieb KBE

Herr Mark Antoni

Herr Helmut Schaffeld

Frau Nicole Ferdenhert

Schriftführerin

Um 17.00 Uhr eröffnet die Vorsitzende Frau Bongers die 2. Sitzung des Betriebsausschusses der Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein. Sie begrüßt die Ausschussmitglieder, den Ersten Beigeordneten Herrn Dr. Wachs sowie die anwesenden Mitarbeiter der KBE.

Frau Bongers bestätigt die ordnungsgemäße Form und den fristgerechten Erhalt der Sitzungsunterlagen. Änderungswünsche zur vorgelegten Tagesordnung gibt es keine.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt, da kein Anwohner anwesend ist.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 02.12.2020

Es bestehen keine Einwände gegen die gemäß § 23 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgeschriebene Niederschrift und sie wird von der Vorsitzenden und dem Schriftführer unterzeichnet.

3. Bestellung einer weiteren Schriftführerin für die Sitzungen der Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein Vorlage: 70 - 17 0161/2021

Die Vorsitzende Frau Bongers verliest den Beschlussvorschlag und lässt auf Antrag hierüber abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Betriebsausschuss der Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein bestellt die Angestellte Nicole Ferdenhert zur Schriftführerin und den tariflich Beschäftigten Herrn Helmut Schaffeld zum stellvertretenden Schriftführer.

Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

4. Zwischenbericht über die Entwicklung der kommunalbetriebe Emmerich am Rhein gemäß § 14 der Betriebssatzung a) Bauzeitenplan b) Positiver Jahresrückblick c) Winterdienst Vorlage: 70 - 17 0162/2021

a) Bauzeitenplan

Herr Antoni verweist zunächst auf den Bauzeitenplan in der Einladung und bittet um evtl. Fragen hierzu.

Seitens der Anwesenden wurden keine Fragen hierzu gestellt.

b) Positiver Jahresrückblick

Herr Antoni erläutert den Tagesordnungspunkt *Positiver Jahresrückblick*. Es sei eine hochsinnvolle Sache einmal im Jahr zurückzublicken. Seitens der KBE, der Ausschussmitglieder der KBE sowie auch der Bürger wurde sehr gute Arbeit geleistet und ein guter gemeinsamer Erfolg erzielt; die Arbeiten seien zu 90 % bis 95 % gut erledigt worden.

Es sei beabsichtigt, in Zukunft jährlich, wenn möglich in den März-Sitzungen, einen Rückblick zu geben, welche Arbeiten zurückblickend gut gelaufen seien. Schon jetzt würden regelmäßig die Mitarbeiter bei KBE und TWE befragt, welche Arbeiten in den letzten Monaten gut gelaufen, abgeschlossen oder zum guten Ende gekommen seien.

Herr Weicht teilt mit, mit der Idee von Herrn Antoni zu sympathisieren und lobt den positiven Rückblick.

Herr Weicht fragt zu Punkt 6 nach:

In Punkt 6. werde der Mängelmelder angesprochen; es werde im Bericht ausgeführt, dass nur 1 % der Meldungen die Spielplätze betreffen würden.

Herr Weicht nimmt Bezug auf die vorliegende Grafik und unterstellt, dass nur Daten bis 2020 berücksichtigt werden konnten. Mit dem Theodor-Brauer-Haus sei ein Vertrag geschlossen worden über 4 Jahre, der 2020 ausgelaufen sei. Laut diesem Vertrag habe das Theodor-Brauer-Haus viele Aufgaben auf den Spielplätzen zu erledigen.

Herr Weicht fragt nach, ob dieser Vertrag verlängert worden sei, da er ja im Jahre 2020 ausgelaufen und dafür 80.000,00 Euro bezahlt worden seien, und welche besonderen Leistungen die KBE vollbracht habe, da die Leistungen zu fast 100 % auf das Theodor-Brauer-Haus übertragen worden seien.

Herr Antoni führt aus, der Vertrag sei einseitig gekündigt worden. Das Theodor-Brauer-Haus sah sich - auch insbesondere unter den Corona-Bedingungen - nicht mehr in der Lage, die Arbeiten weiter durchzuführen. Die Arbeiten würden – wie vor dem Vertrag – von den Mitarbeitern der KBE durchgeführt. Die Arbeiten auf den Spielplätzen sei nicht nur durch die Mitarbeiter der KBE, sondern auch mit Hilfe des Theodor-Brauer-Hauses, gut erledigt worden. Letzten Endes gehe es bei der „Positiv-Liste“ darum alle Arbeiten zu würdigen, auch die, welche in Form von Dienstleistungen erbracht würden.

Herr Weicht bedankt sich für die Ausführungen.

Herr Weicht hat eine weitere Anregung zu Punkt 8, zum Stellenplan der KBE, der komplett überarbeitet und neu strukturiert worden sei. Er regt an, dass vom Betriebsausschuss eine neue Unterlage zur Verfügung gestellt werden soll, aus der in Form eines Organigramms die Leitungsfunktion, die Abteilungsgliederung, die namentliche Besetzung der einzelnen Aufgabenbereiche mit den entsprechenden Stellenfaktoren und die Vertretungslinien ersichtlich seien. Dies diene zum besseren Verständnis und auch um Einschätzungen im Hinblick auf Defizite vornehmen zu können.

Herr Antoni sagt zu, dem Protokoll ein Organigramm beizulegen und weist darauf hin, dass Herrn Weicht bereits ein Stellenplan vorliegt. Das Organigramm wird dem nichtöffentlichen Teil beigelegt (Datenschutz).

Herr Brouwer begrüßt ausdrücklich die Idee der „Positiv-Liste“ und erwähnt, wie viel ehrenamtliches oder bürgerliches Engagement da sei und regt an, die vielfältigen Einsätze von Dorf- und Verschönerungsvereine mit aufzunehmen, die auch eine große Arbeit leisten würden. Er spricht sich dafür aus, diese mit in die Liste aufzunehmen.

Herr Antoni sagt Erledigung zu.

c) Winterdienst

Herr Antoni stellt den außergewöhnlichen Winter im Hinblick auf den starken Schneefall am Niederrhein dar.

Er habe auch die kritischen Stimmen vernommen.

Seitens der KBE seien in dieser Zeit über 6.000 km Straßenlängen befahren und ca. 180 Tonnen Salz seien ausgebracht worden.

Diese außergewöhnliche Situation, die auch außergewöhnlichen Einsatz gefordert habe, habe alle an den Rand der Kapazitäten gebracht.

Aufgrund der Vielzahl bei der KBE eingegangener Anrufe, Beschwerden und Hinweise habe man festgestellt, dass den Bürgern oft nicht klar sei, dass die KBE nicht sämtliche Straßen in Emmerich freizuräumen habe, sondern nur solche Straßen, die im Anhang zur Straßenreinigungssatzung entsprechend gekennzeichnet sind. Es gäbe drei Kategorien. Die KBE habe die Verpflichtung nur die innerstädtischen Straßen, die zum Winterdienst 1 (W1) gehören, freizuräumen und nur an diesen Straßen müssen die Grundstückseigentümer auch Gebühren bezahlen.

Ferner gäbe es Straßen, bei denen der Winterdienst auf den Bürger/Grundstückseigentümer übertragen sei; diese seien in dieser Anlage zur Tagesordnung mit W0 bezeichnet.

Die Straßen, die im Außenbereich liegen, seien von der Verpflichtung zum Winterdienst befreit und in der Anlage zur Tagesordnung mit (--) gekennzeichnet.

Herr Antoni führt aus, welche Fahrzeuge und welches Material der KBE für den Winterdienst zur Verfügung stehe sowie die Anzahl des Personals pro Schicht zur Besetzung der Fahrzeuge und verweist auf die der KBE zur Verfügung stehenden Salzlagerkapazitäten.

Die KBE sei im Hinblick auf die Fahrzeuge und Kapazitäten von Salzlagerungen für den Durchschnittswinter gut ausgerüstet. Herr Antoni macht deutlich, dass es aus seiner Sicht keinen Sinn mache, angesichts der Außergewöhnlichkeit des Ereignisses, die Kapazitäten der Räumfahrzeuge für einen solchen Winter erheblich auszubauen.

Er sagt zu, den Räumplan dahingehend zu prüfen, ob im Zweifelsfall die ein oder andere Straße, die dem Winterdienst W0 (dem Bürger) zugeordnet sei, W1 zugeordnet werden sollte, also in die Verantwortung der KBE zu stellen. Dies mache eventuell Sinn in Straßen, mit einem sehr hohen Anteil an alten Menschen. Für diese Räumung wären dann Winterdienstgebühren zu zahlen.

Bekanntlich habe es Probleme bei der Räumung der überörtlichen Straßen gegeben. Entsprechend den Zuständigkeiten werden diese überörtlichen Straßen im Stadtverkehr entweder durch Straßen.NRW oder sogar durch den Kreis, nicht durch die KBE, geräumt.

Die KBE werde diesbezüglich Abstimmungsgespräche führen, um Punkte der Zusammenarbeit zu verbessern.

Es wurde festgestellt, dass das eine oder andere Material nicht gut geeignet sei, da es Ermüdungserscheinungen gezeigt habe. Man werde im Nachgang prüfen, welches Material gut funktioniert habe und welches nicht. Man habe zwei oder drei kleinere Positionen für Anbauteile an Fahrzeuge im Wirtschaftsplan. Dies werde nun überprüft.

Frau Seyrek bedankt sich für die Ausführungen. Sie merkt an, dass alle mitbekommen haben, dass die Landwirte freiwillig tolle Arbeit geleistet haben. Sie habe keine Kenntnis darüber, ob dies auch rechtlich überprüft worden sei.

Da man ja wisse, dass man am Niederrhein nicht jedes Jahr mit solchen Schneemassen zu rechnen habe, könne man vielleicht prüfen, ob eine Einigung mit den Landwirten zu erzielen wäre, für den Fall solcher Schneemassen.

Weiterhin führt sie aus, dass der KBE viele Beschwerden etc. gemeldet wurden. Sie regt an, ob man nicht die Ortsvorsteher kontaktieren könne, da diese auch die Probleme mitbekommen haben und man wäre für das nächste Mal besser gewappnet.

Herr Antoni führt zum ersten Punkt „*Landwirte unter Vertrag nehmen*“ aus, dass dies theoretisch möglich wäre, muss allerdings von der rechtlichen Seite anmerken, dass die Landwirte dann, wenn ihre Hilfe über die Gebühr finanziert werden solle, nur da reinigen dürfen, wo die Satzung die Reinigung zusagt. Weiterhin sagt Herr Antoni Gespräche mit den Ortsvorstehern zu.

Herr Weicht teilt die Meinung von Herrn Antoni, dass die öffentlich geäußerte Kritik teilweise respektlos und auch an der Sache vorbei gewesen sei.

Herr Weicht führt aus, dass W0-Straßen nicht automatisch bedeuten, dass die Winterreinigung oder die Straßenreinigung von den betreffenden Bürgern bis zur Straßenmitte gehen soll, sondern lediglich den Bürgersteig betreffen. Die Straße selber könne durch den Bürger nicht gereinigt werden. Herr Weicht vergewisserte sich, ob es richtig sei, dass die Anlieger von W0-Straßen nur den Gehsteig räumen müssen. Er fragt, ob er diese Aussage so richtig verstanden habe.

Herr Antoni merkt folgende Korrektur an: Tatsächlich sei es so, dass die Satzung an dieser Stelle ziemlich schwammig sei. Dies gilt auch für entsprechende Gesetzgebungen in dieser Sache. Es gäbe Rechtsprechungen, die in die eine oder andere Richtung gehen. Klar sei aber, dass bei solchen Schneemengen von Bürgern ein 1,5 m breiter Streifen auf dem Gehweg, wie in § 4 beschrieben, freizuhalten sei. Herrn Antoni sei nicht bekannt, dass vom Bürger verlangt werden könne und auch so ausgeurteilt worden sei, dass der Bürger die Fahrbahn hätte räumen müssen und in Regress genommen worden sei.

Herr Weicht erwidert, dass ein Teil der Kritik auch damit zu tun haben könnte, dass gerade die Hauptachsen, die gar nicht in die Zuständigkeit der KBE liegen, sondern beim Straßen.NRW, quasi bis zur Tauzeit nicht erkennbar bearbeitet worden seien. Er fragt, ob es möglich sei, mit den anderen Baulastträgern eine Vereinbarung zu treffen, dass die innerstädtischen Straßen, auch wenn sie eine andere Zuordnung haben würden, von der KBE gereinigt und man dafür einen entsprechenden Obolus von diesem Straßenbaulastträger erhalten würde, also quasi eine sogenannte Dienstleistungsfunktion für einen anderen Beauftragten durchführe, um sicherzustellen, dass man seinen eigenen Bereich sauber habe.

Herr Antoni erläutert, dass im Jahre 2006 dies genau andersherum vereinbart worden sei, da zum damaligen Zeitpunkt die Radwege entlang der Reeser Straße immer ein Ärgernis waren; diese waren schlecht geräumt und Straßen.NRW konnte dies nicht gewährleisten. Seitdem kümmere sich KBE um den Radweg, dafür räume Straßen.NRW mit dem sicherlich besser dafür geeigneten Material auch die innerörtlichen Straßen. Dies funktioniert bei einem normalen Winter gut. Eine Änderung würde einen zusätzlich erhöhten Arbeitsaufwand für die KBE bedeuten. Da man schon jetzt an der Kapazitätsgrenze gewesen sei, wäre zu überprüfen, ob dies bei so einem schweren Winter noch mit dem vorhandenen Material zu bewerkstelligen sei.

Herr Dr. Wachs warnt deutlich davor, Aufgaben von anderen Aufgabenträgern freiwillig zu übernehmen. Jeder habe in diesem Land seine Zuständigkeiten, das Land und die Kommunen ihre Bereiche und jeder habe seine Aufgaben so gut wie möglich zu erfüllen. Freiwillig Aufgaben vom Land zu übernehmen, halte Herr Dr. Wachs für einen wenig guten Weg.

Herr Weicht schließt sich vom Grundsatz her den Ausführungen von Dr. Wachs an, aber ein Teil der Kritik sei dadurch begründet gewesen, dass gerade diese Hauptachsen miserabel geräumt worden seien und er nur als Idee ansah, gegen Kostenweitergabe dies in die eigene Regie zu legen. Der Hintergrund seiner Frage und Anregung sei nicht, auf Kosten sitzen zu bleiben, sondern das Stadtbild erträglich und die Verkehrswege freizuhalten. Er regt an, ohne eine Verlagerung oder Verschiebung von Land oder Kreis in die Gemeinde reinzuholen, sich damit zu befassen.

Herr Kukulus richtet seinen Dank an die Mitarbeiter der KBE, auch in Richtung Verwaltung. Es waren zwei/drei außergewöhnliche Wintertage.

Herr Kukulus führt weiterhin aus, dass die KBE für solche Extremfälle Notfallpläne habe. Bei diesen Notfallplänen solle man nicht auf die Kosten schauen. Er teilt die Ansicht von Dr. Wachs, nicht Ausgaben vom Land oder Bund zu übernehmen, aber in Extremfällen sei auch das Land und der Bund überfordert. Es sei wichtig, Rettungswege freizuhalten, und zwar auch Rettungswege, die auf „0“ gesetzt seien. Es gehe um die Sicherheit der Bürger. Er erwartet daher von der KBE, dass für Extremwinter ein Katastrophenplan, z.B. mit den Landwirten, erstellt werde, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Es sei für ihn wichtig, mit den anderen Trägern (Land/Bund) zu kommunizieren. Auch regt er an, die Bürger in die Pflicht zu nehmen und vonseiten der KBE/Verwaltung an die Bürger heranzutreten mit dem Hinweis, dass es zu Ausfällen kommen könne und um Nachsehen bzw. um deren Hilfe und Unterstützung zu bitten; dies würde das WIR-Gefühl stärken. Seiner Ansicht nach würde die Kritik später dann nicht so harsch ausfallen.

Er führt aus, dass man in der Situation alles gemacht habe, was notwendig und möglich gewesen sei mit den Maschinen. Er fordert ein bisschen mehr Kreativität in Zukunft für solche extremen Notfälle.

Herr Antoni sagt zu, die Punkte Notfallplan bzw. Räumplan dahingehend zu prüfen. Auch die Bürgerinformation solle verbessert werden.

Frau Trüpschuch bedankt sich im Namen der Fraktion für die Vorlagen, die gut ausgearbeitet seien. Die Probleme seien angesprochen; sie sei der Ansicht, dass man sich auf einen solchen Winter nicht einstellen könne und möchte nicht wiederholen, was schon in dieser Sitzung ausgeführt worden sei. Persönlich habe sie gestört, dass Bürger den Bürgerstein nicht freigeräumt haben. Für ältere Menschen sei es sehr schwierig gewesen – auch zu Fuß – einkaufen zu gehen. Beispielhaft wurde erwähnt, dass vor der Leermeerschule kein Schnee geräumt wurde, bis dass es getaut habe, obwohl die Leegmeer-Schule über einen Hausmeister verfüge.

Die KBE sei nicht dafür verantwortlich, dass die Bürger vor der eigenen Haustüre nicht freiräumen würden. Die Probleme seien angesprochen und man sei auf einem guten Weg.

Frau Seyrek teilt mit, dass ihre Zweifel bezüglich der nicht passenden Kostenregelung durch Dr. Wachs ausgeräumt worden seien.

Frau Hövelmann merkt an, dass sie den Shitstorm in den sozialen Medien verfolgt habe und es teilweise unerträglich gewesen sei, das zu lesen. Vor dem Winter sollte es möglich sein, die Bürger auf ihre Pflicht im Winterdienst hinzuweisen. Es würde viel Unwissenheit bei den Bürgern bestehen. Man könne die Bürger vor dem Winter darüber informieren.

Herr Antoni sagt zu, diese Anregung mit aufzunehmen.

Herr Bartels findet es richtig, über den Winterdienst zu diskutieren, da man starke Winter in den nächsten Jahren sicherlich häufiger erleben werde und die Stadt und auch KBE sich an diese neue Situation anpassen sollte. Er begrüßt die gemeinsame Aufarbeitung.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Betriebsausschuss nimmt den Zwischenbericht der Betriebsleitung zur Kenntnis.

5. Möglichkeiten der Schließung des "Neuen Friedhofs Hansasträße"; hier: Sachstandsbericht Vorlage: 70 - 17 0163/2021

Herr Antoni erläutert die Vorlage zum Tagesordnungspunkt. Dabei geht er auf Belegungszahlen und Laufzeiten einzelner Grabformen ein. Außerdem erläutert er die rechtlichen Randbedingungen und auch die Möglichkeit einer Friedhofsschließung bzw. Entwidmung.

Diesbezüglich führt Herr Antoni aus, dass er eine kurze Stellungnahme von Herrn Dr. Fallack vom Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, zuständiger Dezernent für diesen Fachbereich, eingeholt habe. Er verweist auf die Anlage zur Einladung (Schreiben Städte- und Gemeindebund NRW vom 28.08.2020).

In der Vorlage zum Tagesordnungspunkt wird die Stellungnahme kurz zusammengefasst.

Problematisch seien insbesondere die Grabnutzungsrechte von Wahlgräbern, die verlängerbar seien, da diese vom Gesetzgeber als Eigentum betrachtet würden. Würde man ins Eigentum eingreifen, sei eine Entschädigung oder bzw. ein finanzieller Ausgleich erforderlich. In der Regel würde eine kostenfreie Umbettung angeboten. Aus heutiger Sicht wäre man schlecht beraten, den Friedhof zu entwidmen. Dies hätte zur Folge, dass man heute über 700 Gräber umlegen müsse mit entsprechendem Konfliktpotential und erheblichen Kosten.

Herr Antoni führt aus, zur Entlastung des Friedhofsgebührenhaushaltes durch die Schließung des Neuen Friedhofes keine konkreten Angaben machen zu können, da eine Trennung der Kosten zwischen altem Teil und neuem Teil bisher nicht erfolgt sei. Mit der Trennung der Kosten habe man 2021 begonnen und könne sich zum Ende des Jahres 2021 ein genaueres Bild der real anfallenden Pflegekosten verschaffen.

Herr Antoni schätzt den derzeitigen Aufwand für die Pflege des Neuen Friedhofes auf ca. 67.500,00 Euro (= einsparbare Summe, wenn der

Grünpolitische Wert beibehalten würde). Bei stetigem Freiziehen des Friedhofes könnte die vorgenannte Summe auf 150.000,00 Euro steigen.

Herr Antoni erläutert die in den Vorlagen von ihm vorgeschlagene weitere Vorgehensweise und bittet den Ausschuss so zu beschließen.

Die Vorsitzende Frau Bongers schlägt vor, den vorliegenden Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit den Fragen beschäftigen solle, nachdem die offenen Sach-Fragen seitens der KBE geklärt worden seien.

Herr Weicht meldet sich zu Wort und trägt seine dazu gemachten Gedanken vor:

Herr Weicht führt aus, die vorliegende Vorlage würde eine sehr komplexe Situation bezüglich des Friedhofes Hansastrasse darstellen. Sie mache transparent, dass eine schnell wirksame Lösung schon aufgrund der gegebenen Restlaufzeiten nicht realisierbar sei. Im Zusammenhang mit der dargestellten Vorlage des Sachverhaltes, würden sich für ihn einige Fragen stellen, die nicht im Rahmen dieser Sitzung geklärt werden können. Herr Weicht schlägt vor und stellt den Antrag, eine Arbeitsgruppe unter Federführung der Werksleitung zu bilden, die Handlungsoptionen erarbeitet und dem Ausschuss präsentiert. Dabei sollen die von der Werksleitung bereits vorgeschlagenen Punkte 1 und 2 als hilfreiche Datengrößen verfügbar sein, d.h. also die Kostenermittlung für den Neuen Friedhof. Zusätzlich sollten die tatsächlich vorhandenen Einsparpotentiale aufgezeigt werden, wenn man den Grünpolitischen Wert letztendlich wieder gegenrechnet. Weiterhin sollte eine vergleichbare Datenerhebung, auch für den alten Friedhofsteil durchgeführt werden, um dort ebenfalls aussagefähige Daten über die Belegung, die Liegezeiten und die freien Grabstellen bzw. sonstige Freiflächen zu erhalten. Gleiches werde auch für den Friedhof in Elten vorgeschlagen. Man sei dort in dem Prozess der Digitalisierung und man müsse akzeptieren, dass dies nicht innerhalb von 5 Minuten zu fertigen sei. Auf der Basis der dann vorliegenden Daten könne fundiert beurteilt werden, welche Handlungsoptionen sich ergeben werden.

Zu Punkt 3 merkt er an: Der Beschluss zur Schließung des Neuen Friedhofes sei seinerzeit nicht gefasst worden. Dies wäre, bis die ersten Fragen geklärt seien, auch noch nicht erforderlich.

Zu Punkt 4 sagt er: Die satzungsmäßige Begrenzung von Verlängerungen sollte im Kontext mit der Entscheidung zu Punkt 3 gesehen werden. Würde man den Friedhof irgendwann schließen, solle erst dann eine Beauftragung erfolgen, um eine juristisch korrekte Satzungsänderung vereinbaren zu können. Man hätte dann immer noch die Möglichkeit, zu entscheiden, ob man dies tatsächlich durchzieht einen anderen Weg nimmt.

Zu Punkt 5: Die Möglichkeit für eine Folgenutzung des Friedhofes Hansastrasse wäre u.a. durch die Arbeitsgruppe zu entwickeln, Start und Dauer seien abhängig dabei von der Verfügbarkeit der Daten gemäß Punkt 1, 2 und 3. In Summe würde sich dann auch der Entscheidungsbedarf zu Punkt 3 (Schließung) bzw. Punkt 4 (Begrenzung der Verlängerung) ergeben. Die Ausführungen dürften - unter Hinzunahme der Vorlagen von Herrn Antoni - in sich schlüssig sein und ein vernünftiges Vorgehen darstellen.

Herr Weicht merkt an, seine Ausführungen würden sich decken mit der Einrichtung einer Arbeitsgruppe und eine gute Vorgehensweise darstellen.

Herr Weicht stellt den Antrag, dieses Thema in dieser Weise abzuhandeln.

Die Vorsitzende Frau Bongers fragt Herrn Weicht, ob er damit einverstanden sei, diese Fragen mit in die Arbeitsgruppe zu nehmen. Dann müsse man jetzt nicht über einen anderen Antrag abstimmen lassen.

Es sei angedacht, die Fragen zu sammeln und mit in die Arbeitsgruppe zu nehmen, diese auszuarbeiten und einen vernünftigen Sachstand zu erhalten, um in der nächsten Sitzung etwas vorlegen können. Sie fragt Herrn Weicht, ob über seinen Antrag gesondert abgestimmt werden soll.

Herr Weicht erklärt sich damit einverstanden, dass die Fragen mit in die Arbeitsgruppe genommen werden, aber die von Herrn Antoni vorgeschlagene Vorgehensweise berücksichtigt werden solle, dass zuerst ein gewisses Datenkonzept verfügbar sei, bevor man in die Vorschläge „reingehe“. Er weist darauf hin, dass eine mögliche Konsequenz der Beratungen sei, den Neuen Friedhof in der Form nicht zu schließen, sondern dort ganz neue Bestattungsformen unterzubringen. Es sei ein komplexes Paket, welches man nur aufgrund von Zahlen weiter behandeln könne, um ein vernünftiges Ergebnis zu erhalten.

Die Vorsitzende Frau Bongers weist darauf hin, dass jetzt auf Grund der Corona-Regeln eine Pause notwendig sei und gelüftet werden müsse.

Frau Hövelmann meldet sich und merkt gegenüber Herrn Weicht an, dass aufgrund seiner akribisch ausgearbeiteten Punkte die Sitzungen unendlich lang werden. Auf Grund der Coronasituation seien alle aufgefordert, sich auf das Wesentliche zu reduzieren. Herr Weicht habe zugestimmt, die Arbeitsgruppe zu bilden, und würde trotzdem seinen Fragenkatalog vorlesen. Dafür habe sie kein Verständnis.

Die Vorsitzende Frau Bongers weist nochmals darauf hin, dass es an der Zeit sei, zu lüften.

Herr Weicht erwidert, dass man hier in einer Ausschusssitzung sitze und auch eine Steuerungsfunktion habe und können die Ausführungen von Frau Hövelmann nicht nachvollziehen. Er führt aus, wenn es jemanden zu lang erscheint, er die Möglichkeit habe zu gehen und die Sitzung zu verlassen. Er sei der Ansicht, ein solches Thema könne man nicht über das Knie brechen, ohne die entsprechenden Informationen zu haben.

Frau Bongers unterbricht um 18.08 Uhr zur Lüftungspause.

Frau Bongers eröffnet um 18.15 Uhr die Sitzung.

Es wird die vorhergehende Erörterung aufgenommen.

Frau Hövelmann findet die Idee mit der Arbeitsgruppe gut, da es auch ein sensibles Thema sei. In einer Arbeitsgruppe würde man freier seinen Gedanken „Lauf lassen“ können.

Frau Trüpschuch stehe der Arbeitsgruppe positiv, möchte aber nicht so lange warten, bis alle Zahlen vorliegen. Für den Fall, dass Herr Weicht darauf bestehen würde, bis Ende des Jahres zu warten, wäre dies für sie zu weit in die Zukunft. Sie sei der Auffassung, dass man bereits vor Vorlage der Zahlen in die Diskussion gehen könne.

Die Vorsitzende Frau Bongers schließt sich diesem Vorschlag von Frau Trüpschuch an. Es gäbe viele Ideen und Anregungen und man könne diese schon zusammentragen.

Der Beschlussvorschlag wird dahingehend erweitert, eine Arbeitsgruppe einzurichten.

Herr Weicht bittet nochmals bei dieser Art der Vorgehensweise zu bedenken, dass man - so wie die Vorlage jetzt aussieht - auch darüber beschließen solle, den Friedhof zu schließen. Dies wäre im jetzigen Zeitpunkt nicht sachgerecht, genauso wie auch der Punkt 4, die Einschaltung eines Fachjuristen. Dies wären Dinge, die in der Folge stattfinden können, wenn man wisse, was denn passieren soll.

Herr Weicht teilt nicht die Meinung, ohne eindeutiges Zahlenmaterial Vorarbeiten zu leisten. Dies würde auch einhergehen mit dem Vorschlag von Herrn Antoni. Er weist darauf hin, dass, wenn der Arbeitskreis an diesen Punkt komme, die Zahlen eben geliefert werden müssen. Dies wäre okay für ihn.

Die Vorsitzende Frau Bongers merkt an, dass sie Frau Trüpschuch so verstanden habe, dass man die von Herrn Weicht in der Sitzung gestellten Fragen und die bei den Ausschussmitgliedern bestehen, aber derzeit noch nicht in der Sitzung gestellt wurden, zusammenträgt, so dass man genau wisse, welche Fragen zu klären seien. Diese könne vorab vor Vorlage der Zahlen schon in dem Arbeitskreis geklärt werden.

Herr Weicht hält es für sinnvoll, die Punkte 1 und 2 mit zu beschließen, aber die Punkte 3 und 4 und auch Punkt 5 seien zu diesem Zeitpunkt nicht relevant.

Herr Antoni meldet sich zu Wort und klärt auf, dass es sich vermutlich um ein Missverständnis handelt. Er stellt klar, dass die Schließung nicht zu jetzigen Zeitpunkt erfolgen solle. Es sei seine Absicht über die Arbeitsreihenfolge abstimmen zu lassen.

Herr Weicht antwortet, dass er die Vorlage dann falsch verstanden habe. Die Vorsitzende Frau Bongers merkt an, sie habe verstanden, dass die Möglichkeit der Schließung besprochen und danach die Punkte abgearbeitet werden sollen.

Herr Weicht erwidert, dass unter Punkt 3 ein grundsätzlicher Beschluss darüber ergehen soll, ob eine Schließung des Friedhofes Hansastraße vorangetrieben werden soll. Dies solle beschlossen werden.

Die Vorsitzende Frau Bongers weist darauf hin, dass es heißen soll, ob die Schließung des Friedhofes irgendwann in der Zukunft beschlossen werden soll.

Herr Weicht nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und merkt an, dass dies ja

protokolliert werde.

Frau Bongers lässt auf Antrag über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Betriebsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt, diesen Tagesordnungspunkt in einer neu zu bildenden Arbeitsgruppe weiterzubearbeiten.

Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

- 6. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN an den Umweltausschuss vom 24.11.2020; hier: Errichtung eines Friedwaldes auf dem Gelände des neuen Friedhofes**
Vorlage: 70 - 17 0164/2021

Frau Hövelmann als Vertreterin der Antragstellerin teilt mit, dass die Vorlage und die Begründung durchaus nachvollziehbar seien und habe diese zur Kenntnis genommen. Sie schläge vor, die alternative Baumbestattung etc. mit in die Arbeitsgruppe zu nehmen und auch ggfs. über neuen Baumbestand auf dem alten Friedhof zu diskutieren.

Die Vorsitzende Frau Bongers fragt die Ausschussmitglieder, ob alle damit einverstanden seien und fragt nach Wortbeiträgen.

Frau Bongers lässt auf Antrag über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Betriebsausschuss nimmt die Ausführungen der Betriebsleitung zur Kenntnis und beschließt, den Antrag abzulehnen.

Weiterhin beauftragt der Betriebsausschuss die Betriebsleitung, ein Konzept für das Angebot von Baumbestattungen auf den öffentlichen Friedhöfen zu erarbeiten. Dieser Punkt soll in der neu zu bildenden Arbeitsgruppe mitbehandelt werden.

Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

- 7. Änderung der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein vom 05.04.2017;**
hier: 8. Nachtragssatzung
Vorlage: 70 - 17 0165/2021

Frau Bongers lässt auf Antrag über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein

1. nimmt die Begründung zur Änderung in der Entwässerungssatzung zur Kenntnis und
2. beschließt die als Anlage 1 gekennzeichnete 8. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein vom 05.04.2017.

Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

8. **Änderung des Stellenplans aufgrund einer Langzeiterkrankung;
hier: Einrichtung einer befristeten sogenannten a-Stelle mit kw-Vermerk
Vorlage: 70 - 17 0166/2021**

Frau Bongers lässt auf Antrag über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Betriebsausschuss stimmt der Änderung des Stellenplanes zu.

Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

9. **Erstellung einer Planrechnung zur weiteren Entwicklung der voraussichtlichen Abwassergebühren;
hier: Antrag der BGE-Fraktion vom 07.01.2020
Vorlage: 70 - 17 0167/2021**

Herr Antoni teilt mit, dass er die gewünschte Planrechnung in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorstellen werde.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Betriebsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

10. **Mitteilungen und Anfragen**

- 10.1. **Bestuhlung Friedhofskapelle;
hier: Anfrage von Mitglied Weicht**

Herr Weicht teilt mit, darauf angesprochen zu sein, die Bestuhlung in der Friedhofskapelle sei aufgrund der Corona-Situation sehr ausgedünnt. Besteht die Möglichkeit, Stühle unter das Abdach zu bringen, um weitere Sitzgelegenheiten zu schaffen?

Herr Antoni sagte Prüfung zu.

- 10.2. **Nachfrage zum Antrag vom 10.09.2019 - Ersatzpflanzung;
hier: Anfrage von Mitglied Bißeling**

Frau Bißeling fragt, ob die Ersatzbepflanzung abgeschlossen sei oder ob man noch mit weiteren Ersatzbepflanzungen zu rechnen habe. Sie sei im Besitz einer Liste mit Anschriften, der die Lage alter Baumstumpfen zu entnehmen sei. Sie bietet an, diese Liste auszuhändigen.

Herr Antoni teilt mit, dass nach seinem Kenntnisstand die Bäume, die in diesem Tagesordnungspunkt abgehandelt worden seien und die im Wirtschaftsplan gestanden haben, gepflanzt worden seien. Seiner Ansicht nach seien die Maßnahmen abgeschlossen. Er weist darauf hin, dass einige Bäume nicht nachgepflanzt wurden, weil sie ein Verkehrshindernis dargestellt hätten. Er bietet an, dies anhand der Liste abzugleichen.

Frau Bißeling bittet weiterhin um Mitteilung, wann die Baumfällliste aktualisiert wird.

Dies sei laut Herrn Antoni in Bearbeitung.

11. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Meldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Die Vorsitzende schließt um 18:22 Uhr den öffentlichen Teil der 2. Sitzung des Betriebsausschusses der Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein.

46446 Emmerich am Rhein, den 14. April 2021

Sandro Bongers
Vorsitzende

Nicole Ferdenhert
Schriftführerin